

Fachausschuss Beratung für Haushalt und Verbrauch

Workshop im Rahmen der Grundtvig-Lernpartnerschaft

Am 1. und 2. März 2013 fand in der deutschen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn der zweite von insgesamt sechs transnationalen Workshops im Rahmen einer Grundtvig-Lernpartnerschaft statt (vgl. HuW 4/2012). Sie trägt den Titel „Soziale Inklusion und Würde im Alter – Förderung partizipativer Ansätze durch Nutzung von Referenzbudgets“. Die Europäische Kommission unterstützt die Lernpartnerschaft mit dem EU-Programm für lebenslanges Lernen von 2012 bis 2014. Beteiligt sind Organisationen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Großbritannien, Polen, Slowakei und Tschechien. Koordiniert wird die Lernpartnerschaft von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenverbände e. V. (BAGSO). Die Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. startete mit der Ausrichtung des Workshops in die aktive Phase der Projektbeteiligung.



Programm für lebenslanges Lernen

Im Namen der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e. V. (dgh) als Veranstalter begrüßte Birgit Bürkin, stellvertretendes Vorstandsmitglied, rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus neun verschiedenen Ländern. Sowohl durch die Gruppe der Projektpartner als auch durch die Referenten und die deutschen Gäste waren Seniorenorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Verbraucherschutzorganisationen und Hochschulen vertreten, die überwiegend ältere Menschen als Zielgruppe ihrer Arbeit sehen bzw. in der Budget- und/oder Schuldnerberatung ihr Tätigkeitsfeld haben.

Stephan Koppelberg (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland) richtete als Hausherr einen Willkommensgruß an die Workshop-Teilnehmer. Er zeigte auf, welche Bedeutung soziale Ziele in der Europäischen Union (EU) seit ihrer Gründung hatten und welche Zielvorgaben bis 2020 konkret umgesetzt werden sollen. Als Vertreter der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BiBB) und für das Projekt Zuständiger erläuterte Michael Marquart nachfolgend die unterschiedlichen Förderprogramme der EU und deren Zielgruppen. Über das Bildungspro-



Rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus neun verschiedenen Ländern waren zu dem Workshop gekommen.

gramm Grundtvig unterstützt die Europäische Kommission Bildungs- und Lernangebote mit dem Ziel der allgemeinen Erwachsenenbildung. Grundtvig-Lernpartnerschaften fördern die eu-

Namensgeber des Projekts

Der dänische Philosoph, Schriftsteller und Pädagoge, Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783 – 1872), ist Namensgeber des Programms.

Grundtvig gilt als Begründer der Volkshochschulbewegung als Alternative zum staatlichen Schulsystem. Seine Idee des lebenslanges Lernen verbreitete sich weltweit.

http://www.na-bibb.de/grundtvig/ueber_grundtvig.html

ropäische Zusammenarbeit durch Begegnungen von Menschen und den Austausch von Ideen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO), Ruth Brand, sprach ein weiteres Grußwort im Namen der Organisation, die auch aufgrund der bestehenden Vernetzung auf europäischer Ebene die Koordination der Grundtvig-Lernpartnerschaft übernommen hat. Diese wird durch Elke Tippelmann wahrgenommen.

Das Programm beinhaltete am ersten Workshop-Tag überwiegend Fachvorträge zu den Themen „Ältere Menschen und Armut“, „Schuldnerberatung für ältere Menschen“, „Methoden und Nutzung von Referenzbudgets in den Niederlanden, in Österreich und in Deutschland“, aber auch Gelegenheiten

zum fachlichen Austausch und persönlichen Kennenlernen der Teilnehmer. Stefanie Bödeker, Vorsitzende des Fachausschusses Beratung für Haushalt und Verbrauch der dgh, führte in das Programm und dessen Ziel ein, Referenzbudgets in ihrer Bedeutung für Bildung und Beratung von Senioren zu beleuchten.

Die Vorsitzende des Landesseniorenrats Mecklenburg-Vorpommern, Brigitte Paetow, die auch Mitglied in der nationalen Armutskonferenz ist, zeigte am Beispiel dieses Bundeslandes Vorkommen und Auswirkungen von „Armut im Alter“ in einem relativ reichen Land wie Deutschland auf. Sie ging auf Handlungsmöglichkeiten zur Identifizierung und Lösung von Benachteiligungen im Alter ebenso ein wie auf gelungene Beispiele zur Verbesserung der Lebenslage, vor allem im ländlichen Raum. Das Spektrum geeigneter Maßnahmen reicht von einer Stärkung der Selbsthilfeaktivitäten der Betroffenen bis zur Vertretung der Anliegen von Benachteiligten in sozialpolitischen Gremien auf verschiedenen Entscheidungsebenen.

Anne von Laufenberg-Beermann erweiterte in ihrem Statement „Armut und soziale Inklusion älterer Menschen“ den Blick auf die globalen Perspektiven des Themas. Sie berichtete von den vielfältigen Aktivitäten des Internationalen Verbands für Hauswirtschaft e. V. (IFHE) als Nichtregierungsorganisation mit beratender Funktion bei den Vereinten Nationen und im Europarat. Maß-



*Heide Preuße:
Konzept und
Entwicklung von
Referenzdaten
und -budgets in
Deutschland*

nahmen der Armutsprävention und -bekämpfung für ältere Menschen können auf den Ebenen Wissenschaft, Bildung, Alltag und politischer Vertretung angesiedelt sein.

Für den Bereich der Beratung bei finanziellen Problemen sprach anschließend Maike Cohrs über „Problemlagen älterer Menschen in der Schuldnerberatung“. Aufgrund der wachsenden Verschuldungsprobleme von Menschen jenseits des Erwerbslebens hat das Diakonische Werk in Köln ein spezielles Angebot für verschuldete Senioren entwickelt. Es berücksichtigt die Besonderheiten der Zielgruppe, die einerseits durch ein ausgeprägtes Schamgefühl und das häufige Vorliegen gesundheitlicher Einschränkungen gekennzeichnet sind, andererseits durch die Ausweglosigkeit der Situation, weil eine Verbesserung der Einkommenssituation nicht zu erwarten ist und somit meist ein Leben mit den Schulden bis zum Tod bevorsteht. Dies stellt besondere Anforderungen an Empathie und Fachwissen der Beratungskräfte, aber auch an die Gestaltung der Beratungssituation als aufsuchende Hilfe.

Am Nachmittag des ersten Workshop-Tags wurden unterschiedliche Konzepte für die Entwicklung von Re-

ferenzdaten und -budgets durch die Referenten aus den Niederlanden (Marcel Warnaar), Österreich (Maria Kemmetmüller, Christa Leitner) und Deutschland (Heide Preuße) vorgestellt und durch die Moderatorin aus Belgien (Bérénice Storms) um eigene Forschungsergebnisse ergänzt. Die Ansätze sind im Kontext der jeweiligen Organisationen sowie deren Aufgaben und Zielgruppen entwickelt worden.

Die längste Tradition haben Referenzbudgets in den Niederlanden. Unterschiedliche methodische Vorgehensweisen für minimale und höhere Einkommen wurden von der Verbraucherorganisation NIBUD entwickelt und über viele Jahre in ihren Aussagemöglichkeiten für verschiedene Einsatzgebiete verbessert. Informationen für unterschiedliche Haushalts- und Familienkonstellationen können durch diesen breiten Ansatz bereitgestellt werden. Die Daten lassen sich im Internet für den persönlichen Gebrauch abrufen. Sie werden außerdem in unterschiedlichen Beratungssituationen (Budget- und Schuldnerberatung, Sozialarbeit, Kreditvergabe) eingesetzt wie auch zur Bestimmung von kommunalen und nationalen Sozialleistungen bzw. Steuerermäßigungen.

Die von ASB Schuldnerberatungen GmbH für Österreich entwickelten Daten für notwendige Haushaltsausgaben sind in den letzten Jahren intensiv in sozialpolitischen Fragestellungen und der Budgetberatung erprobt worden. Die ursprünglich von Budgetexperten ermittelten minimalen Warenkörbe wurden mittlerweile durch Fokusgruppen von Betroffenen validiert und dadurch in der Akzeptanz nochmals verbessert. Das Angebot an Bildung und Beratung zu Haushaltsfinanzen wird kontinuierlich ausgebaut und mit entsprechenden Instrumenten unterstützt, z. B. einem Finanzführerschein, der aufzeigt, welche finanziellen Folgen bestimmte Lebensereignisse haben und wie sich dadurch die finanzielle Situation des Haushalts ändert.

Für Senioren liegen allerdings noch keine speziellen Daten und Referenzbudgets vor.

Die Entwicklung von Referenzdaten in Deutschland begann im Jahr 2009 und hat momentan zum Ziel, geeignete Vergleichs- und Orientierungsgrößen für die Budget- und Schuldnerberatung zur Verfügung zu stellen und diese in Beratungsangebote und Beratungsprozesse für unterschiedliche Fragestellungen zu Haushaltsfinanzen zu integrieren. Basis sind Daten aus nationalen Verbrauchstatistiken, die nach den Merkmalen Haushaltsgröße und -zusammensetzung, Einkommenshöhe, Wohnsituation und Betroffenheit von verschiedenen Ausgabengruppen aufbereitet wurden. Eine erste Veröffentlichung ist kürzlich erschienen (siehe Kasten nächste Seite). Die konzeptionellen Überlegungen beruhen in Deutschland auf einer grundsätzlichen Betrachtung des Finanzmanagements in privaten Haushalten, in



*Fachausschuss-
vorsitzende
Stefanie
Bödeker:
Referenzbudgets
in ihrer
Bedeutung für
Bildung und
Beratung von
Senioren*

die sich statische und dynamische Perspektiven von Budgetanalysen einordnen lassen.

Im Vergleich dazu begründete die Moderatorin die Vorgehensweise zur Bestimmung sozialkultureller Minima in Belgien mit den Funktionen, die verschiedene Güter und Dienste für ein akzeptables, sozialkulturelles Existenzminimum haben. Zur Beantwortung der Frage, was der Mensch zum Leben braucht, haben Fokusgruppen, wie sie in Belgien, Österreich und den Niederlanden bereits angewendet werden, eine große Bedeutung.

Die am ersten Workshop-Tag begonnene Diskussion wurde am zweiten Tag im Rahmen des internen Treffens der beteiligten Projektpartner unter der zentralen Fragestellung fortgesetzt, ob

sich die vorgestellten Ansätze für die Entwicklung von Referenzbudgets und deren Nutzung auf andere Länder übertragen lassen. Die Beantwortung der Frage ist insofern nicht einfach, weil unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden müssen. Folgende vorläufige Ergebnisse können festgehalten werden.

Erste vorläufige Ergebnisse

- Die Gruppe alter Menschen in Armut ist nicht homogen, sondern unterscheidet sich je nach kulturellem Hintergrund, Wohnumfeld (städtisch, ländlich) und weiterer persönlicher Merkmale wie Lebensform und Gesundheitszustand. Dadurch ergeben sich typische Problemlagen und spezielle Hilfebedarfe.
- Die Strukturen der sozialen Sicherung in verschiedenen Ländern sind ebenso unterschiedlich wie die vorhandenen Hilfeangebote durch Verbraucherorganisationen und Wohlfahrtsverbände. Dabei fällt auf, dass es in osteuropäischen Ländern bei der Lösung der relativ neuen Probleme an Institutionen mangelt, die Verbraucherinteressen vertreten

und Präventionsarbeit leisten können. In mittel- und westeuropäischen Ländern ist die Differenzierung von Zielgruppen für Bildungs- und Beratungsangebote z. T. stark fortgeschritten (z. B. Hilfen für Migrantengruppen aus bestimmten Kulturkreisen). In Bezug auf die Zielgruppe der alten Menschen hat aber die Thematik der Pflege meist Vorrang gegenüber finanziellen Aspekten.

- In allen Ländern zeichnet sich die Problemlage von alten Menschen in Armut dadurch aus, dass diese aus Scham und aufgrund bestehender Tabus für frühzeitige Hilfen relativ schwer zu erreichen sind, obwohl vielfältige Hilfskonzepte (Komm- und Gehstrukturen, professionelle und ehrenamtliche Helfer) umgesetzt und deren Möglichkeiten und Grenzen erprobt werden. Vertrauen in die Hilfe anbietenden Organisationen und deren Mitarbeiter sind eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg jeder Unterstützungsmassnahme.

- Bei den Hilfen geht es jeweils darum, eine Balance zwischen Eigenverantwortung und (schützenden und stützenden) Hilfen von außen zu gewährleis-

ten. Aktivitäten zur Armutsprävention und -bekämpfung hängen in hohem Maße von den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen der beteiligten Organisationen ab. Die Akquise ausreichender Mittel ist aus diesem Grund für alle Partnerländer eine zentrale Herausforderung.

- Die Formulierung politischer Handlungsempfehlungen setzt geeignete Informationen zur Einschätzung typischer Problemlagen voraus. Auch Referenzbudgets können geeignete Argumente für sozialpolitische Diskussionen liefern.

Der fachliche Austausch zwischen den Projektpartnern ergab vielfältige Anknüpfungspunkte zur Zusammenarbeit, weil vergleichbare Arbeitsinhalte, jedoch unterschiedliche Schwerpunkte und Besonderheiten festgestellt werden konnten. Auf diese Weise bekamen alle beteiligten Partner Anregungen aus Ideen der anderen Organisationen.

Dr. Heide Preuß, Prof. Dr. Stefanie Bödeker, Birgit Bürkin
Fachausschuss Beratung für Haushalt und Verbrauch

Referenzdaten für Haushaltsbudgets – neues Grundlagenwerk der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. erschienen

Referenzdaten für Haushaltsbudgets“ heißt das neue haushaltsökonomische Grundlagenwerk der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V. (dgh). Es wendet sich an Lehr- und Beratungskräfte, die sich im Rahmen ihrer Arbeit mit Fragen der Budgetanalyse und Budgetplanung privater Haushalte befassen.

Die Daten sind differenziert nach 20 Haushaltstypen, der Höhe der Einkommen sowie weiterer Merkmale z. B. der Wohnsituation. Sie liefern sehr gute Vergleichs- und Orientierungsgrößen für eine Vielzahl von individuellen Budgetfragen der Familien: Wie viel Geld brauchen wir zum Leben? Bewegen sich unsere Ausgaben im normalen Bereich? Wo können wir etwas einsparen? Was müssen wir für die kommenden Jahre zurücklegen?

Wer individuelle Antworten sucht, wird in der neuen, wissenschaftlich fundierten Datensammlung der dgh fündig. Denn die Kosten der Lebenshaltung variieren mit der Haushaltsgröße, der familiären Lebensphase und dem Einkommen. Wie sich die Ausgaben privater Haushalte im Detail zusammensetzen, zeigt der Leitfaden „Referenzdaten für Haushaltsbudgets“. Die umfangreiche Aufstellung wurde auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes entwickelt.

Ansprechpartnerin: Dr. Heide Preuß, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung, Justus-Liebig-Universität Gießen, stellv. Vorsitzende des dgh-Fachausschusses Beratung, für Haushalt und Verbrauch (Heide.Preusse@haushalt.uni-giessen.de)

Bestellinformation:

Heide Preuß unter Mitwirkung von Stefanie Bödeker, Birgit Bürkin und Korina Dörr: Referenzdaten für Haushaltsbudgets. Vergleichs- und Orientierungsgrößen für die Budgetberatung. Hrsg. von der dgh. Osnabrück, 2013

Zu bestellen bei: Deutsche Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V., Allensteiner Str. 16, 49088 Osnabrück, Tel.: 0541 76089988, Fax: 0541 76089991, dgh@dghev.de, www.dghev.de. Preis pro Exemplar 18,- Euro incl. Versand

Bitte benutzen Sie den Bestellschein auf der Seite 103 in dieser Ausgabe!